

Letzter Kampf der alten Linken

Die „Erfurter Erklärung“

OLIVER D'ANTONIO

PROLOG: DIE LINKE HAT SICH NICHTS MEHR ZU SAGEN

Jürgen Trittin bekam als erster zu spüren, wie groß die politische Linke im seit genau sieben Jahren vereinten Deutschland ist. Sicherlich, der damalige Bundessprecher von Bündnis90/Die Grünen, der einst für den „Kommunistischen Bund“ im Göttinger AStA saß, wurde innerhalb der eigenen Partei eher als Linker eingestuft, sah sich wohl bis zu einem gewissen Grade selbst als ein solcher.¹ Aber die da unten, die ihn hier oben auf dem Podium in der Erfurter Augustinerkirche so barsch angingen, die waren von seiner Sicht der Welt doch meilenweit entfernt. Trittins Rhetorik symbolisiere einen Angriff „von innen“ auf das zarte Pflänzchen eines linken Aufbruchs, warf ihm da einer vor. Ein anderer schimpfte, Trittin habe wohl kaum in der Schule aufgepasst, als es um Demokratie ging. Und eine grüne Parteifreundin brachte die Stimmung schließlich auf den Punkt: „[H]eute Abend habe ich das Gefühl, ich muss austreten.“² Jürgen Trittin hatte sich in den Minuten zuvor vehement gegen eine Koalition mit der PDS nach der anstehenden Bundestagswahl 1998 ausgesprochen und damit den Hoffnungen der anwesenden Tausendschaft auf ein breites linkes Bündnis im Bundestag über alle kleinkarierten Parteigrenzen hinweg eine rüde Absage erteilt. Das Volk, das acht Jahre zuvor in einem breiten Bündnis des friedlichen Protests die SED-Diktatur aus den Angeln gehoben hatte, verstand den Mann auf dem Podium nicht, der sich einem neuerlichen Bündnis des Aufbruchs widersetzte – und er verstand das Volk nicht, welches ihm hier im Gotteshaus gegenüber saß. Trittin rettete sich mit einer seelentröstenden Floskel: „Es gehört zusammen

-
- 1 Zu Jürgen Trittin vgl. Walter, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Portraits aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2009, S. 333-338.
 - 2 Vgl. o.V.: Veranstaltung zur „Erfurter Erklärung“ am 4. Oktober 1997 in der Augustinerkirche in Erfurt, in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997, S. 33-36.

eine außerparlamentarische Massenbewegung und Mehrheiten in den Parlamenten. Und dies sollten wir auch in diesem Rahmen nicht vergessen und nicht auseinanderdiskutieren.“³ Das Protokoll vermerkte Beifall. Im Anschluss herrschte Schweigen zwischen beiden Seiten.

Es war der frühe Abend des 3. Oktober 1997. Es war am achten Jahrestag der Deutschen Einheit, als die Initiatoren dieser Konferenz zur „Erfurter Erklärung“ indirekt ihr Scheitern bezüglich einer linken Einheit eingestehen mussten. Neun Monate zuvor hatten zahlreiche linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Linksintellektuelle noch den Aufstand gegen die Verhältnisse geprobt, wollten außer- und innerparlamentarisch eine breite Oppositionsbewegung gegen den Neoliberalismus, den Sozialabbau und die desolate Wirtschaftslage in Ostdeutschland in Front bringen. Das Manifest, welches diese Bewegung in selbige setzen sollte, nannte sich Erfurter Erklärung. Sie steht im Zentrum des folgenden Beitrages.⁴

DER LANGE WEG NACH ERFURT: EINE ZEITHISTORISCHE VORGESCHICHTE

Der zeithistorische Kontext in den die Erfurter Erklärung – wie jedes Manifest – gestellt werden müsste, ist fraglos weiter als der Raum, den ein Band wie der vorliegende zu gewähren vermag. Die Verengung auf zwei ursächliche Erklärungsfaktoren für das Handeln der Erfurter Manifestanten erscheint mir daher einerseits notwendig, andererseits auch tragfähig zu sein, da sich deren Prägekraft für die dominante Generation der Protagonisten als stark erweist und zudem eine gemeinsame Deutung der politischen und gesellschaftlichen Konstellation vorgelegen haben dürfte. Deshalb stehen die Perspektiven einer Erosion der sozialpolitisch und erwerbsarbeitsbezogen geprägten Gesellschaften in Ost und West sowie die Deutung einer totalen Agonie der linken Kräfte in Politik und Gesellschaft der vereinigten Bundesrepublik im Zentrum der nachfolgenden Betrachtungen.

3 Ebd., S. 39.

4 Einen wesentlichen Teil der Materialbasis, auf welcher der vorliegende Beitrag fußt, bilden Gespräche, die ich mit zwei der Initiatoren der Erfurter Erklärung – Horst Schmitthenner und Edelbert Richter – im Spätherbst 2009 führen konnte. Das Gespräch mit Horst Schmitthenner fand in seinem Büro in der IG Metall-Zentrale in Frankfurt am Main am 2. November 2009 statt. Mit dem Theologen und ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Edelbert Richter sprach ich am 7. Dezember 2009 in seinem Wohnhaus in Weimar. Beiden danke ich noch einmal herzlich für die interessanten Gespräche, ohne die ich den Beitrag nicht in dieser Form hätte verfassen können.

Sozialpolitik und Erwerbsarbeit: Imperative zweier deutscher Republiken

Der Gründungsmythos der Bundesrepublik erwuchs zu einem Gutteil in sozioökonomischer Weise. Die Schlagworte der ersten Dekade lauteten: Währungsreform, Wirtschaftswunder und Soziale Marktwirtschaft. Für die besondere Art einer korporativ angelegten und sozialstaatlich flankierten Form einer industriell geprägten und exportorientierten Volkswirtschaft wurde der Begriff des „Modell Deutschland“⁵ geprägt. Damit setzte die westdeutsche Republik in gewisser Weise einen Sonderweg fort. In den Jahren, in denen die gesamte westliche Welt von der keynesianischen Lehre geprägt war, dominierte eine Ordnungspolitik ordoliberaler Spielart das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik.

Eine besondere Position nahm in diesem Gefüge der Sozialstaat ein, der sich auf eine deutsche Tradition aus den Zeiten des Kaiserreiches berufen konnte. So war die Symbolik, mit der die Sozialstaatlichkeit in den Rang einer Staatszielbestimmung von Verfassungsrang gehoben wurde (Art. 20, Abs. 1 GG), einerseits folgerichtig, andererseits ließ das Grundgesetz den ordnungspolitischen Raum, in dem die erste Bundesregierung das marktwirtschaftliche Prinzip durchsetzen konnte.⁶ Die Prosperitätsphase der 1950er Jahre läutete die Ära einer einzigartigen Expansion der Sozialpolitik in Deutschland ein. Die Lücke zwischen dem Anspruch kollektiver Vermögensbildung und der Realität ungleich verteilter Einkommen und Vermögen ließ nun den „Ruf nach dem korrigierenden Staatseingriff in den Markt erneut lauter“⁷ werden. Damals protestierten Wirtschaftsliberale noch erfolglos gegen den „Versorgungsetatismus“ des Bundeskanzlers Konrad Adenauer.⁸ Die 1966 an die Regierung gelangte SPD heftete diesem Versorgungsschließlich noch einen keynesianischen Steuerungsetatismus an.

Das mit der Ölkrise 1973/74 gekommene Ende des Traums vom ewigen Wachstum traf die westliche Welt nicht völlig überraschend, aber dennoch unvorbereitet. Die Bonner Regierung wandte sich von der Konjunkturpolitik ab und beendete nach zweieinhalb Jahrzehnten die sozialpolitische Expansion. Nun begann der stetige Aufstieg neoliberaler Kritik am sozialstaatlichen Arrangement, ohne dass jedoch gleich ein praktischer Angriff auf die Grundfesten des Systems erfolgte. Selbst das schwarz-gelbe Kabinett Helmut Kohls wahrte die Kontinuität des wirtschafts- und sozialpolitischen Sonderwegs der Bonner Republik. Trotz der Kürzung von Sozialleistungen

5 Vgl. Schroeder, Wolfgang: Modell Deutschland und das Bündnis für Arbeit, in: Jochem, Sven/Siegel, Nico (Hg.): Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat, Opladen 2003, S. 107-147, hier S. 111 ff.

6 Vgl. Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005, S. 188.

7 Ebd., S. 194.

8 Vgl. Walter 2009 (s. Anm. 1), S. 20 ff.

blieb, im Gegensatz etwa zum Großbritannien unter Thatcher eine umfassende Zerschlagung der korporatistischen und sozialpolitischen Arrangements aus.⁹ Im Gegenteil wurde „eine wachsende Zahl von Personen ausserhalb [sic!] von Beschäftigung zufriedenstellend versorgt“¹⁰, was den Soziologen M. Rainer Lepsius zur These von der Entstehung einer „Versorgungsklasse“ beflügelte.¹¹

Die Bundesrepublik blieb trotz steigender Arbeitslosigkeit eine Gesellschaft, die sich stark über Erwerbsarbeit definierte. Vollbeschäftigung blieb das Ideal westdeutscher Wirtschaftspolitik. Wer jedoch nicht an der Erwerbsgesellschaft teilhaben konnte, dem sollten wenigstens ein relativ hoher Lebensstandard garantiert und Lebens- und Entwicklungschancen nicht verbaut werden. Somit geriet die soziale Gestalt des Staates zu einem politisch nahezu unantastbaren Kollektivmythos, deren Fürsorgeverpflichtung die Erfahrung der frühen bundesrepublikanischen Generationen prägte. In den Worten Sandrine Kotts: „Stabilität, Kontinuität, Verlässlichkeit – der Sozialstaat erscheint als beruhigender ‚Erinnerungsort‘, an dem eine unaufhörlich von ihrer Vergangenheit heimgesuchte Nation sich mit sich selbst versöhnt.“¹²

In der DDR hingegen war man zunächst fest entschlossen, den Bruch mit den imperialistischen Traditionen des alten Reiches zu vollziehen. Zunächst steuerte die SED die Wirtschaft mittels autoritärer Planwirtschaft, gewährte ab den 1960er Jahren den produzierenden Einheiten im Rahmen der technokratischen Konzeption eines „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS) stärkeren Einfluss im Planungsprozess.¹³ Ihre Legitimität gewann dieses System aus der Hoffnung, dass der Verzicht und die Mühen in der Planwirtschaft von heute den Frieden und Wohlstand von morgen sichern würden. Mit der Ablösung des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht durch Erich Honecker kam es 1971 jedoch zu einer bedeutsamen Wende: Der VIII. Parteitag der SED diktierte die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Fortführung und Ausweitung der betrieblichen Sozialpolitik, das monströse Wohnungsbauprogramm der 1970er und 1980er Jahre und die

9 Vgl. Butterwege, Christoph: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 2., durchg. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 120 ff.

10 Streeck, Wolfgang: *Tarifaufonomie und Politik: Von der Konzentrierten Aktion zum Bündnis für Arbeit*, in: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Hg.): *Die deutschen Arbeitsbeziehungen am Anfang des 20. Jahrhunderts*, Köln 2001, S. 76-102, hier S. 82 f.

11 Vgl. Lepsius, M. Rainer: *Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik*, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen 1979, S. 166-209, hier S. 179 ff.

12 Kott, Sandrine: *Der Sozialstaat*, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl*, Bonn 2005, S. 258.

13 Zur frühen DDR-Wirtschaftsgeschichte vgl. Steiner, André: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Bonn 2007, S. 51-78, S. 83 ff. u. S. 129 ff.

Politik westlicher Konsumgüterimporte waren Ausdruck einer neuen Form der Verteilung sozialer Wohltaten an das Volk.¹⁴ Die Suggestion eines Gesellschaftsvertrages, in dem die DDR-Bevölkerung ihre politische Teilhabe zugunsten des Staates und des Versprechens der Vollbeschäftigung sowie materiellen Wohlstand abtrat, mündete schließlich in eine nachhaltige Prägung der DDR-Gesellschaft: Die ostdeutsche Gesellschaft wurde eine Arbeitsgesellschaft par excellence und die Loyalität und der Legitimitätsglauben gegenüber der Obrigkeit bezogen sich darauf, dass die Staatsführung die Wahrung einer Art „diktatorischen Wohlfahrtsstaats“ paternalistischen Stils garantierte.¹⁵ Zudem gewährte die planwirtschaftliche Ordnung, trotz ihrer Systemdefekte und Unproduktivität, über Jahrzehnte hinweg Vollbeschäftigung, die Erwerbsarbeit ins Zentrum des biographischen Daseins rückte.

Unbeschadet aller Unterschiede zwischen den politischen Systemen kann festgehalten werden, dass Sozialpolitik in Deutschland seit ihrer Entstehung eine wichtige Funktion von Herrschaftslegitimation und Loyalitätsbildung erfüllt. Dies war unter Bismarck nicht anders als im Weimarer Sozialstaat und auch im geteilten Deutschland wurde – wie gezeigt auf beiden Seiten – eine Politik sozialer Wohltaten in herrschaftskonservierender Weise genutzt. Es ist ein durchaus machiavellistisches Herrschaftsprinzip dosierter Wohltaten in guten Zeiten,¹⁶ welches in Deutschland West wie Ost Usus wurde. Zudem waren relative Wohlstandszuwächse seit Ende des 19. Jahrhunderts mindestens zum Teil Ergebnisse staatlicher Politik. Schließlich definierten sich beide Gesellschaften in extremer Weise über Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Stärke – das „Modell Deutschland“ im Westen ebenso wie Planerfüllungsgesellschaft im Osten. Folglich existierte auf keiner Seite der Mauer die Tradition einer reinen Wohlstandsgesellschaft mit eingebauter sozialer Hängematte, wie es parteipolitische Polemik bisweilen suggeriert. In Deutschland entstanden seit 1949 zwei industriell geprägte Erwerbsgesellschaften, die auf Basis einer tief verankerten paternalistischen Tradition die sozialpolitische Verantwortung des Staates als selbstverständlich und aus eigener biographischer Erfahrung auch als wünschenswert betrachteten. Nicht zuletzt die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz wirkte traditionsbewahrend, da soziale Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft die soziale Kompetenz ihres Wirtschaftsmodells in den Wettbewerb einbringen mussten.¹⁷

14 Vgl. Rösler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, Bonn 2000, S. 15 ff. u. S. 22 ff.

15 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main 1992, S. 234 f.; Kott 2005 (s. Anm. 12), S. 270.

16 Vgl. Machiavelli, Niccolò: Discorsi: Gedanken über Politik und Staatsführung, 2. Aufl., Stuttgart 1997, S. 90f.

17 Vgl. Butterwegge 2005 (s. Anm. 9), S. 67 u. S. 69.

Nach 1990: das „Modell Deutschland“ am Abgrund

Während der Wendewirren im Winter 1989/90 schien für kurze Zeit der Weg in die ökonomische Zukunft der DDR offen, ehe sich die Regierung Kohl der Situation bemächtigte und somit erneut das Primat der Politik vor den wirtschaftlichen Erfordernissen behauptete, diesmal jedoch unter umgekehrten Vorzeichen. Das neoliberale Konzept einer raschen Währungsunion sollte zuvörderst die schnelle staatliche Einheit ermöglichen und – als ein Nebeneffekt – auch die Chancen der Wiederwahl des Kanzlers erhöhen. Damit wurde die aufgrund jahrzehntelanger sozialistischer Misswirtschaft ohnehin kaum leistungsfähige ostdeutsche Industrie binnen weniger Monate nahezu völlig planiert.¹⁸ Die Privatisierungspolitik der „Treuhand“ und Wirtschaftskriminalität taten ihr übriges. Natürlich gab es keine Blaupausen, keine fertigen Modelle, wie der bis heute einmalige Vorgang der Vereinigung zweier großer Volkswirtschaften vonstatten zu gehen habe. Doch es waren eben mitnichten nur Oskar Lafontaine, sondern auch zahlreiche Wirtschaftsexperten, denen das Vereinigungstempo zu hoch war.

Infolgedessen konnten in jenen Jahren neoliberale Wirtschaftspositionen, vor allem die Standortdebatte und der Diskurs um die Höhe der Lohnnebenkosten, immer stärker Raum greifen. Gerade die Debatte um die Lohnnebenkosten rückte nun immer stärker den Sozialstaat in den Fokus der Kritik. Denn die Bundesrepublik hatte nach dem Wirtschafts- auch das Sozialsystem nahezu eins-zu-eins auf die neuen Bundesländer übertragen und „importierte“ damit auch dessen Schwächen und Systemfehler in die neuen Länder.¹⁹ Dadurch musste nicht nur die im Westen strukturell gewordene Arbeitslosigkeit, sondern auch die im Osten entstehende aus der Sozialversicherung finanziert werden. Die Regierung Kohl behalf sich in der Folge mit einer in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin beispiellosen Kürzungswelle, was Sozialleistungen des Staates betraf, wodurch der strapazierte Staatshaushalt zum einen entlastet, Unternehmer hingegen gefördert werden sollten.²⁰ Es wurde jedoch bald deutlich, dass unter den gegebenen Bedingungen weit mehr geschehen musste, um die Wirtschaft in Ostdeutschland zu stabilisieren. 1990 war noch von „blühenden Landschaften“ die Rede, die vollständige Angleichung der Löhne war für das Jahr 1994 angedacht gewesen. Nun musste man zugeben, dass auch die massiven Transferleistungen aus dem Westen in die neuen Bundesländer kaum mit der Anschubfinanzierung von 1990 ihr Ende finden würden. Der Osten mutierte in der Folge zum Transfer-Wirtschaftsgebiet, das durch den wirtschaftsstarken Westen mitgezogen werden sollte – eine Bankrotterklärung für den „Aufbau Ost“!

18 Vgl. Rösler 2000 (s. Anm. 14), S. 62 ff.

19 Vgl. Abelshauser 2005 (s. Anm. 6), S. 499.

20 Vgl. Butterwegge 2005 (s. Anm. 9), S. 125 ff., insbesondere S. 133 f.

Im Zuge dieser Krise geriet die Regierung Kohl nach dem überragenden Wahlsieg von 1990 zunehmend in eine echte Legitimitätskrise. Die Probleme lagen auf der Hand: Beide deutsche Republiken lebten seit Jahrzehnten vom Mythos der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit sowie der sozialen und ökonomischen Kompetenz des Staates. Letzteres trauten die Ostdeutschen 1989 immerhin noch dem Westen zu. Nun zerfiel den Machthabern diese Illusion unter den Händen. Die Deutsche Einheit und die im Vereinigungsprozess begangenen Fehler legten jahrzehntelange Reformversäumnisse des Westens offen und zeigten dem Osten eklatant, dass im westdeutschen Konsumparadies auch nur mit Wasser gekocht wurde. Doch die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft rheinischer Spielart blieb für viele Menschen im Westen Teil der politischen Kultur. Und auch in den neuen Ländern wahrten viele den Glauben an die staatliche Fürsorgepflicht. Die maßlose Enttäuschung vieler Deutscher über die soziale und wirtschaftliche Realität der Republik eine halbe Dekade nach der Wiedervereinigung war einer der Nährböden, auf dem die Erfurter Erklärung gedeihen konnte.

Zurück zur Utopie: die politische Linke in den 1990er Jahren

Was ist heute links? Was macht linke Politik in einem spät- oder postindustriellen Sozialstaat noch aus? Diese Fragen begleiteten die SPD quer durch die Jahrzehnte der Bonner Republik. Sie suchte Antworten: im „Godesberger Programm“, in Willy Brandts Parole „Mehr Demokratie wagen“ von 1969, im „Orientierungsrahmen '85“ oder im „Berliner Programm“ von 1989. Sie öffnete sich ab den 1960er Jahren für bürgerliche und klerikal orientierte Wähler und Mitglieder,²¹ wurde zur linken Volkspartei. Sie machte ihren Frieden mit der christdemokratischen sozialen Marktwirtschaft und ergänzte sie um das, modern und hochwissenschaftlich anmutende Konzept keynesianischer Steuerung, als linkes Gegenmodell zur DDR-Planwirtschaft. Zwischen 1966 und 1974, dem „goldenen Zeitalter der Sozialdemokratie“, schien die SPD – ebenso wie ihr britisches Pendant, die Labour Party – die logische und innovativste politische Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Welt der Globalität, der Dynamik und des Fortschritts zu sein.²²

Doch in Folge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und der sogenannten „neokonservativen Wende“ in den 1980er Jahren begannen vor allem in Deutschland und Großbritannien sehr großflächige Debatten um die Zukunft der politischen Linken. Die einst hoch gelobte Volkspartei SPD mutierte in

21 Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 149 ff.

22 Vgl. Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 109 ff. und S. 129 ff.

der Binnensicht zum unbeweglichen „Tanker“²³, dessen Integrationskraft zudem durch die grün-alternative Bewegung infrage gestellt wurde. Einige politische Gegner erklärten das Zeitalter der Sozialdemokratie für unwiderföhllich beendet.²⁴ Auch begannen in diesem Jahrzehnt erste Debatten innerhalb der SPD, die eine Öffnung gegenüber neoliberalen und konservativen Prämissen staatlicher Politik forderten.²⁵ Spätestens mit dem Zusammenbruch des „realexistierenden Sozialismus“ in Osteuropa schien das Ende aller linken Utopien gekommen. Fortan eroberten Konservative und Liberale die hegemoniale Deutungsposition, die einem wirtschaftlichen Liberalismus von globaler Dimension das Wort redete. Innerhalb der linken und sozialdemokratischen Parteien der westlichen Welt insgesamt schienen die linken Flügel wie gelähmt, während ihre modernistischen und wirtschaftsliberal orientierten Parteifreunde zunehmend die Diskurshoheit gewannen, wie der Aufstieg der Debatte um einen „Third Way“ und „New Labour“ unter dem britischen Premier Tony Blair sowie seines Vordenkers Anthony Giddens in Großbritannien eindrucksvoll demonstrierte.²⁶

In Deutschland ergab sich für die politische Linke eine komplexe Sondersituation. Denn in Folge der Wiedervereinigung differenzierte sich die parteipolitisch strukturierte Linke weiter aus: Zu Sozialdemokraten und Grünen trat mit der PDS die Nachfolgerin der ehemaligen Staatspartei der DDR. Letztere berief sich explizit auf das Modell eines demokratischen Sozialismus, von dem sich die Nachwende-SPD bereits weitgehend distanziert hatte, und auch die Grünen rückten verstärkt von einstigen linken und fundamentalistischen Positionen ab. Die schwere Wahlniederlage des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine und der Grünen bei der Bundestagswahl 1990 schwächte die politische Linke zusätzlich, während die modernistisch orientierten Führungskräfte in den Parteien Aufwind erhielten.²⁷ Links oder gar Sozialist zu sein galt in den Jahren rastloser Globalisierungsdynamik und der Ideologie eines „Alles ist möglich“ nun nicht mehr nur als überholt oder befremdlich, es erschien als exotisch, gar als anachronistisch, ein Refugium für ein paar unverbesserliche Betonköpfe und weltfremde akademische Marxisten aus Ost wie West.

Routiniert und instinktiv witterte die Linke in den 1990er Jahren die drohende Gefahr einer diskursiven Marginalisierung durch Parteigegner wie

23 Vgl. Glotz, Peter: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982.

24 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 16 ff.

25 Vgl. Borchert, Jens: Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie, in: ders. et al. (Hg.): Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel, Opladen 1996, S. 39-80, hier S. 61.

26 Vgl. Nachtwey 2009 (s. Anm. 22), S. 184 ff.

27 Vgl. Hiemann, Horst: Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1991, S. 14 ff.

Parteifreunde. Allein, sie hatte keine Handhabe. Gerade weil die demokratischen Sozialisten Westdeutschlands in der Theorie ein Scheitern des Realsozialismus jenseits des Eisernen Vorhangs durchaus erwartet hatten, zeigt sich Zöpel überrascht, wie unvorbereitet und konzeptlos sie vor dem welt-historischen Umbruch gestanden hatten.²⁸ Die Reaktion war eine durchaus typische: Man igelte sich bis zu einem gewissen Grade ein, baute eine Wagenburg. Man traf sich zu Gesprächszirkeln und Konferenzen, erwehrte sich des Verlustes an Diskurshoheit durch zahlreiche Publikationen, Arbeitspapiere und Essays. Man hielt Plädoyers für die Leitidee eines Demokratischen Sozialismus, dessen „inhaltliche Bestimmung“ die Sozialdemokratie aufnehmen solle, damit sie „das neue Jahrtausend aktiv mitgestalten“ könne.²⁹ Man forderte mehr „Mut zur Utopie“, was „gegen Mitte der neunziger Jahre [...] den Klang eines ‚Trotzalledem‘“³⁰ habe.

Die hier vorgetragene Rede von *einer* politischen Linken der 1990er Jahre suggeriert jedoch eine Homogenität dieser politischen Richtung, die erstens nicht existierte und deren Nicht-Existenz, zweitens, eines der zentralen Probleme der zahllosen linken und links-alternativ gesinnten Gruppierungen darstellte. Zum einen gab es eine Vielzahl versprengter konspirativer Zirkel von Altmarxisten, Maoisten, Trotzlisten, DKPlern und Antifaschisten, die die westdeutsche Ausgangsbasis für eine Etablierung der PDS darstellten.³¹ Zum anderen existierten zahlreiche Linke und fundamentalistische Ex-Grüne, welche die Partei im Zuge ihres wachsenden realpolitischen Kurses seit den späten 1980er Jahren abgestoßen hatte. Daneben traten linke Sozialdemokraten mit dem unveränderten Anspruch auf die Realisierung eines „Demokratischen Sozialismus“ sowie zahlreiche linke Gewerkschafter. Und quer zu allen diesen west-linken Kreisen lag die breite Masse der von der Wiedervereinigung enttäuschten Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands, die in der PDS die Repräsentantin eines spezifisch linken Regionalismus sahen sowie die „Hinterbänkler“ der einstigen SED, die im Zuge der Wendewirren 1989/90 hatten reüssieren können. Auch die ebenfalls inhomogene Linke unter DDR-Intellektuellen und Oppositionellen ist dieser Skizze noch anzufügen.

Diese Perspektive einer in sich vielfach gespaltenen und zerklüfteten Linken, die in großen Teilen theorie- und argumentationsarm geradezu in

28 Vgl. Zöpel, Christoph: Probleme und Perspektiven der Linken im postkommunistischen Europa, in: Borchert et al. (Hg.) 1996 (s. Anm. 25), S. 169-183, hier S. 171.

29 Hiemann 1991 (s. Anm. 27), S. 122.

30 Scherer, Klaus-Jürgen/Wasmuth, Ulrike C.: Vorwort. Mut zur Utopie, in: dies. (Hg.): Mut zur Utopie. Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994, S. 9-14, hier S. 10.

31 Vgl. Koß, Michael: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim et al. (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 117-153, hier S. 121.

Schockstarre ob der Wendeereignisse von 1989/90 verharnte, führte in Deutschland schließlich zu einer Debatte, die eine Vereinigung linker Kräfte gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der bürgerlich-konservativen Regierung und die neoliberale Diskurshegemonie zustande bringen wollte. Aus diesen Überlegungen heraus erwuchs 1993 auch die „Crossover“-Initiative von Redaktionsmitgliedern der Zeitschriften *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, die seit 1978 von Jusos herausgegeben wird, *Utopie Kreativ* aus dem Hause der Rosa-Luxemburg-Stiftung und *Andere Zeiten*, für die der Links-Grüne und heutige Mitarbeiter von Hans-Christian Ströbele, Dietmar Lingemann, verantwortlich war und der die Website des „Crossover“-Projektes selbst leitete. Die Initiative veranstaltete Kongresse und Diskussionsveranstaltungen mit dem Ziel der „Erarbeitung politischer Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit, sozialer Spaltung und ökologischer Krise“ auf Grundlage eines „breiten Dialoges innerhalb der Linken in der Bundesrepublik“.³²

Ein direkter Bezug zwischen den Initiatoren der Erfurter Erklärung und den Vordenkern einer umfassenden linken Bewegungs- und Diskursstrategie ist zwar nicht ohne Weiteres herstellbar. Es ist jedoch durchaus plausibel, dass enge Kontaktkreise zwischen linken Parteipolitikern, Journalisten und Intellektuellen bestanden, die für die Vorbereitung und Durchführung des Erfurter Projektes nutzbar gemacht wurden. Spätestens unter dem Eindruck der herben Wahlniederlage der Scharping-SPD 1994 begannen viele Sozialdemokraten sich perspektivisch mit der neuen Situation zu arrangieren. Die PDS erwies sich nicht, wie noch 1990 erwartet wurde, als Übergangsphänomen einer kurzen Nachwendephase – im Osten hatte sie sich gar auf hohem Niveau etabliert. Angesichts dieser Lage begannen einige pragmatische ostdeutsche Politiker nun erstmals, neue Wege zu beschreiten. Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern und Reinhard Höppner in Sachsen-Anhalt waren die Vorreiter eines solchen Umdenkens gegenüber der PDS.³³ Und die gewerkschaftliche Linke sah sich in der Gesprächs- und Reformunwilligkeit der Regierung Kohl bestätigt, als diese den Vorstoß des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel für ein „Bündnis für Arbeit“ ablehnte. Diese Situation bildete zusammen mit der schweren Krise des Sozialstaates und der ostdeutschen Wirtschaft die Ausgangsbasis für die Erfurter Initiative im Spätherbst 1996.

32 O.V.: Was ist Crossover?, online einsehbar unter: <http://crossover-projekt.de/pages/frame.htm> [eingesehen am 26.01.2010]. Eine aktuelle Seite unter der Regie von Tom Strohschneider beruft sich explizit auf ihre Vorgängerin aus den 1990er Jahren; siehe online unter: <http://crossover-debatte.de/> [eingesehen am 26.01.2010].

33 Höppner führte ab 1994 ein PDS-gestütztes rot-grünes Minderheitskabinett, Ringstorff schuf 1998 die erste rot-rote Koalition auf Landesebene.

DER LETZTE KAMPF UM DIE ALTE REPUBLIK: DIE ERFURTER ERKLÄRUNG

Thüringer Netzwerk mit hessischen Wurzeln: die Initiatoren der Erklärung

Sicherlich kannten sich zahlreiche der nachfolgend genannten Protagonisten schon seit Jahren, wenn nicht gar seit Jahrzehnten. Sicherlich gab es in den Monaten vorher schon mannigfaltige Vorgespräche, einen Austausch der Ideen, unterschiedliche Pläne, wie angesichts der neoliberalen Diskurshoheit und der desaströsen Lage der einst hochgelobten sozialen Marktwirtschaft und nach dreizehn Jahren Kohl zu verfahren sei. Es ist daher nur schwer nachzuvollziehen, wo und wie exakt die entscheidenden Absprachen zustande kamen, aus denen schließlich die Erfurter Erklärung geboren wurde. Es sei, berichtet IG-Metaller Horst Schmitthenner, der Münchner Schriftsteller Dieter Lattmann gewesen, der im Dezember 1996 die Initiative für ein linkes Manifest ergriffen und letztlich dessen Wortlaut verfasst habe. Jedoch liefen in der Landeshauptstadt Thüringens alle Fäden zusammen. Hier lag fraglos das Gravitationszentrum der Initiative, wie allein schon ein Blick auf den Kreis der Initiatoren zeigt: Als Kontaktadresse stand unter der „Erklärung“ der Erfurter „Kulturverein Mauernbrechen e.V.“, der nach 1990 an die alten Traditionen gewerkschaftlicher Kultur- und Bildungspolitik anzuknüpfen versuchte.³⁴ Der Verein wurde von der Landesorganisation der tendenziell eher linken Gewerkschaft „Handel, Banken und Versicherungen“ (HBV) aus der Taufe gehoben, deren Landesvorsitzender in den 1990er Jahren der gebürtige Hesse Bodo Ramelow war. Viele DGB-Gewerkschaften folgten in jenen Jahren einer Strategie der „West-Importe“, nach der Gewerkschaftssekretäre aus den alten Ländern den organisatorischen „Aufbau Ost“ vorantreiben sollten. In Thüringen war die Verknüpfung zu den hessischen Gewerkschaften besonders stark. So kam auch der Kreisvorsitzende des DGB im hessischen Vogelsberg, Frank Spieth, als DGB-Landesvorsitzender nach Erfurt und dort in Amt und Würden. Der DGB war gleichermaßen Träger des jungen Kulturvereins.

Vom Erfurter DGB-Haus am Juri-Gagarin-Ring war nun auch der Weg in die Szene thüringischer Oppositioneller nicht mehr weit. Der seit 1994 im Ruhestand befindliche Erfurter Propst Heino Falcke, der schon seit den 1970er Jahren in der Friedensbewegung der DDR eine gewichtige Rolle spielte, trat ebenfalls dem Unterstützerkreis bei. Nun konnten die Kontakte ausgespielt und Initiatoren sowie weitere Unterzeichner gewonnen werden. Vor allem zu Bekannten aus linken Gewerkschaftskreisen – meist aus Hessen – stieß man vor, holte Horst Schmitthenner, der damals Mitglied des ge-

34 Die Informationen über den Kulturverein Mauernbrechen entstammen einem telefonischen Gespräch mit einem Mitarbeiter des Erfurter DGB-Hauses vom 12. Januar 2010.

schaftsführenden IG Metall-Vorstands war, den GdED-Bezirksvorstand Matthias Freitag und den GHK-Bundesvorsitzenden Gisbert Schlemmer mit ins Boot. Hinzu traten zahlreiche DDR-Bürgerrechtler, zumeist Theologen – prominente Namen wie Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter, Heiko Lietz oder Herbert Schirmer. Doch auch in den Kreisen westdeutscher linker und friedensbewegter Theologen konnten Unterstützer gewonnen werden: die Heidelberger Hochschul-Dozenten Ulrich Duchrow und Gerhard Liedke sowie die streitbare Pazifistin Dorothee Sölle. Selbstverständlich musste dem Papier durch eine Reihe weiterer prominenter und angesehener Erstunterzeichner zusätzliches Gewicht verliehen werden. So kam eine illustre Runde aus linksintellektuellen Schriftstellern, Künstlern, Professoren und Journalisten zustande, der prominente Namen wie Elmar Altvater, Frank Castorf, Günter Grass, Max von der Grün, Stefan Heym, Walter Jens, Toni Krahl, Peter von Oertzen, Ulrich Plenzdorf, Horst-Eberhard Richter und Eckart Spoo angehörten.

Der Initiatorenkreis beriet und bearbeitete in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1996 den Textentwurf Lattmanns und stimmte über die abschließende Version ab. Schmitthenner erinnert sich, er habe diese am Silvesternachmittag persönlich in die Post geworfen. Nach einer abschließenden redaktionellen Sitzung nach dem Jahreswechsel wurde begonnen, das fertige Dokument in der Welt zu verbreiten. Man kopierte es; „tausende von Exemplaren sind gedruckt worden“, berichtet Schmitthenner, die an Verlage und Redaktionen verschickt und gefaxt und bei unterschiedlichen Gelegenheiten an Bürgerinnen und Bürger verteilt wurden. Das Erfurter Wort verbreitete sich in den folgenden Monaten quer durch die Republik.

Aus Erfurt nichts Neues: Kernpunkte eines linken Manifests

Deutschland stand, wenn man den Manifestanten der Erfurter Erklärung Glauben schenken mag, im Jahr 1997 am Abgrund. Es befände sich in einem Zustand „gnadenloser Ungerechtigkeit“, der „soziale Konsens“ sei „zerstört“ worden, man sprach vom „kalten Krieg gegen den Sozialstaat“ – ein „Epochenwechsel“ kündige sich im Spätherbst der Bonner Republik an. Der martialischen Rhetorik folgte rasch die Aufdeckung der Verantwortlichen für dieses Desaster: Die schwarz-gelbe Bundesregierung Helmut Kohls habe die Deutsche Einheit zum „massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik missbraucht“.³⁵

Im Anschluss an die nahezu apokalyptische Zustandsbeschreibung wurde eine eindeutige Antwort darauf gegeben, wie den verheerenden Entwicklungen begegnet werden müsse: „Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung“, hieß es zu Beginn von Punkt Drei des

35 Der Originaltext der Erfurter Erklärung findet sich – unter anderem – in der *ta-geszeitung* vom 10. Januar 1997 oder in der *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, spw, H. 1/1997.

insgesamt siebenteiligen Manifests. Dieser neuen Regierung müsse eine breite gesellschaftliche Bewegung zugrunde liegen, die – beseelt vom Geist von 1968 und 1989 – letztlich auf die parlamentarische Opposition überzugreifen habe. Die konkreten Handlungsanweisungen für eine „andere Politik“, die den künftig Regierenden an die Hand gegeben wurden, waren indes alte Bekannte linker Positionen der ausklingenden Bonner Ära: die ewige IG Metall-Forderung nach verkürzter Wochenarbeitszeit, die keynesianische Förderung der Binnennachfrage, das emanzipatorische Ziel eines neuen Typs gleichberechtigter Vollbeschäftigung beider Geschlechter, Forderungen nach Steuerehrlichkeit, Lastenausgleich und einer sozialen Mindestsicherung, schließlich das grün-alternative Postulat einer ökologischen Steuerreform. Zudem müsse die neue Regierung zur Avantgarde gegen die Diskurshoheit ökonomischer Imperative auf internationaler Ebene avancieren.

Man fragt sich schließlich, wer nun die konkreten Adressaten des Appells sein sollen. Denn ein gezielter Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger des Landes, insbesondere die sozial überbordend Belasteten, sich zusammenzuschließen und eine breite Bewegung gegen die herrschenden Zustände zu initiieren, wie es einst das Proletariat der Arbeiterbewegung gegen den hochindustriellen Kapitalismus von Marx und Engels zu hören bekam,³⁶ unterblieb. Die Bewegung kam vielmehr als Elitenprozess daher, war demokratisch gezähmt, institutionalisiert, entdeckte das Reformpotenzial in den Parteiführungen der Bonner Opposition, die letztlich von den Manifestanten auch angerufen wurden: Linke aller Parteien vereinigt Euch!, war der implizierte Wortlaut des Appells. Seltsam geordnet sollte der Wechsel vonstattengehen. So es denn die demokratischen Mehrheiten nach der Bundestagswahl 1998 erlauben würden, wäre eine Koalition der linken Kräfte – namentlich SPD, Bündnis90/Die Grünen und PDS – zu bilden, die oben genannte Handlungsanweisungen umsetzen sollte. Dieses „Bündnis für soziale Demokratie“ sollte auf parlamentarisch-elektoralen Wege einen gesellschaftlichen Aufbruch befördern – eine fast schon seltsam anmutende Vorstellung emanzipatorischer Prozesse in Anbetracht des Rückbezugs auf die revolutionären Generationen von 1968 und 1989. Von oben nach unten sollte dieser scheinbar verlaufen, als Ausdruck einer Konzession an die parlamentarische Demokratie. Eine Vorstellung, die angesichts der Initiatoren erstaunt, die einst den Geist der APO und der Herbstrevolution geatmet hatten.

Das letzte Aufgebot der alten Lagerkämpfer

Die Nachricht vom Erfurter Manifest schlug zunächst wie eine Bombe ein. Die Presse berichtete umfassend, wobei vermutlich die Witterung eines spektakulären Parteienzwistes sowie die Prominenz zahlreicher Altlinker

36 Siehe hierzu auch den Beitrag von Philipp Erbentraut und Torben Lütjen in diesem Band.

das Medieninteresse erhöhten. Besonders intensiv war die Debatte in der durchaus bewegungsaffinen *tageszeitung*, der *taz*, in der das Dokument am 9. Januar 1997 sogar im Originaltext abgedruckt wurde, sowie im Springererzeugnis *Die Welt*, wo man eine erneute Chance zur Abrechnung mit der Linken witterte. Vor allem die *taz* reagierte beachtlich kritisch und distanziert auf die „Erklärung“. So kritisierte der Journalist Jens König, die „Erklärung“ gehe mit ihrem guten Willen an den Realitäten des Landes vorbei. Er erwartete für sie ein ähnliches Schicksal, wie es Jahre zuvor die ostdeutschen Komitees für Gerechtigkeit erfuhren: „Sie [die Erfurter Erklärung; d. Verf.] wird genauso enden, im Nichts.“³⁷ König behielt insofern Recht, als das Dokument rasch sein ursprünglich intendiertes Gewicht für eine linke Bündelung verlor und eigentlich nur unter der Fragestellung der Koalitionsfähigkeit der PDS diskutiert wurde. Zudem bot die Presse zahlreichen Fürsprechern und Gegnern, aber auch den Initiatoren selbst in den Folgemonaten die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Papier.³⁸

Die mediale Debatte verlief zwar äußerst angeregt, stand aber in keinem Verhältnis zu den Reaktionen innerhalb der Parteien. Zwanzig Monate vor der Bundestagswahl weckte das Papier noch einmal die alten Kampfinstinkte der erodierenden politischen Lager der Bonner Republik. Am heftigsten waren die Reaktionen in der regierenden Union. Hatte die „Rote-Socken-Kampagne“ des Generalsekretärs Peter Hintze 1994 zumindest noch mäßige Wirkung entfaltet, so schien der politische Gegner diesmal selbst die Steilvorlage zu liefern.

Dem Erfurter Modell folgend, begannen nun die Wochen der Erklärungen. Die verängstigte Grüne Bundestagsfraktion, die ob ihrer überwiegend westdeutsch und neubürgerlich geprägten Anhängerschaft einen Vertrauensverlust fürchtete, distanzierte sich in der – auf einer Fraktionsklausur beschlossenen – „Wörlitzer Erklärung“ hektisch von jeglicher Koalitionsphantasie mit der PDS im Bund.³⁹ In der SPD freilich waren die Erfurter Aussagen schon deshalb weit strittiger, weil zahlreiche Genossinnen und Genossen den Aufruf unterstützten oder ihn gar auf den Weg gebracht hatten. Gerade in den ostdeutschen Landesverbänden der SPD traf dieser auf starke Resonanz, weil die Regierungsfähigkeit der Partei jenseits eines Bündnisses mit der PDS durchaus in Frage stand.⁴⁰ Dennoch verlief vor allem durch die parteiinterne Gruppe ehemaliger Bürgerrechtler eine tiefe Spaltung über die PDS-Frage.

Die wohl bekannteste Antwort auf die Erfurter war jedoch die sogenannte Berliner Erklärung. Unter dem Titel „Wir brauchen keine andere Repu-

37 König, Jens: Komitee für Gerechtigkeit, in: die *tageszeitung*, 10.01.1997.

38 Vgl. exemplarisch Misik, Robert: Kommunismus macht klug, in: die *tageszeitung*, 23.01.1997; Brumlik, Micha: Die übersehene Gefahr, in: ebd.

39 Vgl. Beste, Ralf: Grüne wollen Hintzes PDS-„Mühlstein“ abschnallen, in: *Berliner Zeitung*, 11.01.1997.

40 Vgl. Wendt, Alexander et al.: Drift nach links, in: *Focus* 23/1998, S. 28 ff.

blik“ initiierten die ostdeutschen Oppositionellen Ehrhart Neubert und Vera Lengsfeld gemeinsam mit dem Berliner Politologen Manfred Wilke einen Aufruf, der sich gegen die Erfurter Erklärung wandte, da diese eine „Weißwaschkaktion der PDS“ darstelle.⁴¹ Ähnlich wie die Erfurter Erklärer greifen die Berliner zu einem teilweise martialischen Wortlaut, sprechen von einer Propagierung des „sozialen Bürgerkrieg[s]“ und fordern „gute Politik“ statt einer anderen Republik. Zudem attackieren die Verfasser einige Erfurter Manifestanten – Daniela Dahn, Gerhard Zwerenz und Friedrich Schorlemmer – namentlich. Das Papier schließt mit der Feststellung, die Erfurter Erklärung zeige, dass die Alternative „Freiheit oder Sozialismus“⁴² weiterhin ihre Berechtigung habe.

Binnen weniger Tage schafften es Neubert, Lengsfeld und Wilke, einen nicht minder beachtlichen Kreis an Unterzeichnern zusammenzustellen: Neben den ostdeutschen Bürgerrechtlern Angelika Barbe, Rainer Eppelmann und Günter Nooke unterzeichneten unter anderem die Zeithistoriker Klaus Schroeder und Michael Wolffsohn, die Theologen Gerhard Besier, Peter Maser und Ulrich Woronowicz sowie der damalige Dresdner Staatsminister Arnold Vaatz. Pikant ist vor allem der Umstand, dass Neubert, Lengsfeld und Nooke wenige Wochen zuvor ihre Partei Bündnis90/Die Grünen aus Protest gegen deren Haltung gegenüber der PDS verlassen hatten und der CDU beitraten.⁴³ Angelika Barbe tat den gleichen Schritt aus der SPD. Mit der „Berliner Erklärung“ war die Bühne frei für einen gnadenlosen publizistischen und verbalen Schlagabtausch, der in dieser Form sicherlich nicht exakt geplant, jedoch von den Initiatoren beider Papiere – vor allem von den Erfurtern – durchaus einkalkuliert worden war. Sie hatten es geschafft, die Aufmerksamkeit der publizistischen Öffentlichkeit zu erhaschen und den politischen Gegner, aber auch innerparteiliche Rivalen zu provozieren und aufzuseuchen. So bezeichnete Kanzler Kohl Friedrich Schorlemmer als „intellektuellen Anstifter“.⁴⁴ Der Vorsitzende der Grünen Fraktion, Joschka Fischer, sprach von einer reinen „Gespensterdebatte“.⁴⁵

Vor allem die Erfurter begleiteten ihren Verkündungsprozess in den folgenden Monaten mit einem massiven publizistischen Aufgebot. Der damalige SPD-Abgeordnete Edelbert Richter unterstützte mit dem umfangreichen Heft „Hundert Argumente“ die „Erklärung“ und unternahm den Versuch

41 Vgl. Neubert, Ehrhart/Lengsfeld, Vera/Wilke, Manfred: „Wir brauchen keine andere Republik.“ Die „Berliner Erklärung“ im Wortlaut, in: Welt am Sonntag, 19.01.1997.

42 Diese Formel war der Slogan, unter dem der erste Bundestagswahlkampf Helmut Kohls im Jahr 1976 stand.

43 Insbesondere die Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS in Magdeburg erregte Kritik.

44 Vgl. Dieckmann, Christoph: Bis hierher – und wie weiter?, in: Die Zeit, 10.10.1997.

45 Vgl. Rulff, Dieter: Grüne verjagen Gespenster, in: die tageszeitung, 11.01.1997.

einer umfassenden wissenschaftlichen und christlich-ethischen Fundierung. Er erweiterte zudem das Themenspektrum der „Erklärung“ um eine vertiefte ostdeutsche Perspektive sowie eine umfassende Kritik an den deregulierten Weltmärkten für Güter und Kapital.⁴⁶ Eine noch stärkere thematische Expansion auf einen linksliberal-sozialökologischen Rundumschlag nahm der im Herbst desselben Jahres erschienene Band „Eigentum verpflichtet“ vor, in dem neben zahlreichen Erstunterzeichnern auch die heutige Grünen-Chefin Claudia Roth und der vormalige Kanzleramtsminister Willy Brandts, Egon Bahr, Beiträge verfassten. Neben der Kritik am Sozialstaatsabbau und dem Problem der Massenarbeitslosigkeit sowie der Präsentation gewerkschaftsnaher und keynesianischer Reformansätze gingen die meist kurzen Artikeln pointiert auf die ostdeutsche Problematik der „Enteignung“ (Günter Grass) durch den Westen, die neoliberale Diskurshoheit und die Entfesselung des Kapitalmarktes ein. Weiterhin äußerten sich Experten, die linken Positionen nahe standen, zur Rüstungs-, Klima- und Bildungspolitik, kritisierten überwachungsstaatliche Tendenzen und die psychosozialen Folgen der „Geld-“ und „Konkurrenzgesellschaft“ (Hans-Joachim Maaz). Abschließend griff der Schriftsteller Zwerenz noch tief in die Mottenkiste der Klassenkampfpolemik und wies der Union eine fast schon neofaschistisch anmutende Rolle zu, da sie eine homogene völkisch-nationale Republik ohne Gewerkschaften, Kirchen, Sozialdemokraten, Grünen, Ausländern und die PDS errichten wolle.⁴⁷

Die publizistische Reaktion aus Unionskreisen ließ nicht lange auf sich warten. Mithilfe der CDU- bzw. CSU-nahen Politologen Patrick Moreau und Gerhard Hirscher veröffentlichten die sechs ostdeutschen Unionslandesverbände unter thüringischer Verantwortung das Heft „Verdeckte Verführung“, in dem die „Erklärung“ als „Teil eines umfassenden, langfristig angelegten, wohlüberlegten Konzepts der PDS“ dargestellt werden sollte. PDS-Strategen wollten mit ihrer Hilfe den „Weg zu einer anderen Republik“ beschreiten, so der damalige Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, im Vorwort.⁴⁸ Unter seinem Pseudonym Hermann Gleumes unterstellte Moreau eine Fernsteuerung der westdeutschen Friedensbewegung durch die SED bis hin zum „Krefelder Appell“.⁴⁹

46 Vgl. Richter, Edelbert: Hundert Argumente. Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung, Weimar 1997.

47 Vgl. Zwerenz, Gerhard: Die Rechte will ein Deutschland ohne Linke, in: Dahn, Daniela et al.: Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung, Heilbronn 1997, S. 164.

48 Vogel, Bernhard: Vorwort, in: Landesverbände der CDU in den neuen Bundesländern (Hg.): Verdeckte Verführung. Die „Erfurter Erklärung“ und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998, S. 2 f.

49 Vgl. Gleumes, Hermann: Die Erfurter Erklärung – ein Bündnisprojekt, in: ebd., S. 22 f.; zum „Krefelder Appell“ vgl. den Beitrag von Franz Walter in diesem Band.

Und sie bewegt sich doch ...

Ein Papier soll Beine bekommen

Es ist allerdings durchaus fragwürdig, wie groß die öffentliche Wirkung dieses Duells der Druckerzeugnisse war. Unter anderem deshalb beließen es die Erfurter nicht allein bei einer publizistischen Kriegsführung. Der Aufwand, den sie betrieben, um den Anspruch von Basisbezug und gesellschaftlicher Bewegung herzustellen, war gewaltig und lässt sich kaum mit einer PDS-gelenkten Wahlkampfstrategie erklären. Die „Erfurter Erklärer“ tingelten übers Land, veranstalteten Diskussionsforen, erläuterten geduldig ihre Beweggründe und verteidigten ihre Positionen. Meist war man in Gewerkschaftshäusern und Buchhandlungen, im Osten aber oft auch in kirchlichen Räumen zu Gast. Regional hatte man sich die Republik aufgeteilt, erklärt Richter. Während Schorlemmer die Gegend um Berlin und Magdeburg abgedeckt habe, sei er selbst im Süden der einstigen DDR unterwegs gewesen, doch auch bis Nürnberg sei er gekommen. Ziel war es nicht allein, Unterschriften zu sammeln und Unterstützer der „Erklärung“ zu gewinnen. Nein, die Erfurter wollten in der Tat eine zivilgesellschaftliche Aktivierung erreichen. Man wollte die Bildung lokaler Initiativkreise, die sich gegen die Regierung Kohl stemmen und sich für einen Politik- und Regierungswechsel einsetzen, befördern. Dabei entstand in der Tat so etwas wie eine Aufbruchsstimmung, stellt Schmitthenner fest, wenn er sich an eine Veranstaltung in einem Gewerkschaftshaus erinnert, die „brechend voll“ war.

Das Zentrum dieser „Bewegung“ blieb jedoch der Osten und eben Erfurt. Die zentralen Veranstaltungen fanden seinerzeit in der thüringischen Hauptstadt statt. Die erste große Veranstaltung war eine Art politischer Gottesdienst, den Edelbert Richter predigte und der am 19. Januar 1997 in der Erfurter Kaufmannskirche abgehalten wurde. Während an diesem Sonntagnachmittag, wie Richter betont, noch „fast normales Gottesdienstpublikum“ zu Gast war, sah dies rund neun Monate später schon ganz anders aus. Am Wochenende des 3. Oktober hielten die Initiatoren der Erfurter Erklärung nun einen umfassenden Kongress in der Augustinerkirche – der Ort an dem im Herbst 1989 der „Demokratische Aufbruch“ in Thüringen gegründet worden war – und im Haus der Gewerkschaften ab, der neben Vorträgen und einer Podiumsdiskussion zahlreiche Foren anbot. Rund ein Jahr vor der Bundestagswahl polterten die Protagonisten der schwarz-gelben Bundesregierung gegen die Initiatoren, man würde eine Gegenveranstaltung zum offiziellen Tag der Deutschen Einheit inszenieren, die – so Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble – der Aufruf zu einer „Volksfront“ sei.⁵⁰

Die Erfurter Tagung war dies mit Sicherheit nicht, denn eine Front braucht dem Worte gemäß eine Gewisse Einheit und dies war ja lediglich das erklärte Ziel der Initiatoren. Im Gegenteil, die bereits eingangs erwähnte

50 Vgl. Dieckmann, Christoph: Das wahre Leben im falschen. Geschichten von ost-deutscher Identität, Berlin 2000, S. 114.

Konferenz, an der auch Jürgen Trittin und Wolfgang Thierse teilnahmen, warf ein Schlaglicht auf die vielfältigen Probleme, die ein solcher linker Bündelungs- und Sammlungsprozess aufwerfen sollte. Die Aufgabe, die Vielfalt linker Themen organisatorisch zu vereinigen, an der schon die „ideologische Rahmenpartei“⁵¹, die frühen Grünen, eine Bürde getragen hatte, schien auch den Erfurtern Probleme zu bereiten. Die verschriftlichte Fassung der Auftaktveranstaltung verdeutlicht, wie weit das „Linke“ von den Initiatoren gefasst wurde. So berief sich der Erfurter Propst Heino Falcke explizit auf die christliche Sozialethik, zog als Gewährsmann für eine Mahnung an die „herrschende Politik“ den vormaligen christdemokratischen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker heran.⁵² In den Foren am Samstag diskutierte man die Themen „Arbeit und Leben“, „Armut und Reichtum“ sowie „Demokratie – Partizipation“.⁵³ Im Forum „Deutschland in der Welt“ bemängelte der Begründer des globalen Friedensnetzwerkes „Kairos Europa“, Ulrich Duchrow, stellvertretend für die Anfänge einer globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland die Schwäche des Themas in der Erfurter Erklärung, die ursächlich für die geringe Zahl der Teilnehmer im Forum sei. Nicht zuletzt darin zeigte sich deutlich, wie weit entfernt solche auf postmateriellen Werten fußende Initiativen von den konkreten Problemen der Ostdeutschen vor Ort war. Die Betroffenen der wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Krise jener Jahre standen den linkslibertären und intellektuellen Ansätzen mit gleicher Skepsis und Unverständnis gegenüber, wie es schon die alten Arbeiter in der SPD gegenüber den jungen linken Akademikern während der 1970er Jahre getan hatten.

Am Ende der Tagung verabschiedete man eine erneuerte Version des alten Manifests. Der „Erfurter Appell“ stellte die alten Forderungen in einen weiteren Zusammenhang, versuchte die zahlreichen in der „Erklärung“ vernachlässigten Themen der Linken zu bündeln, verlor deshalb aber auch an Konkretheit und Schärfe. „Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten“, stand über dem Appell, womit der Basisbezug erneuert und verstärkt wurde. Die PDS jedoch verschwand völlig aus dem Text, womit die Konsequenz daraus gezogen wurde, dass man bei den Bonner Parteien nicht gehört worden war. Damit opferte das neue Papier aber auch die Chance, im Gespräch zu bleiben. Denn gerade im Osten war dies das Thema, das die Menschen bewegte. Die SED-Nachfolgerin PDS hatte sich in der Zwischenzeit zu ei-

51 Der Terminus wurde von Joachim Raschke für die frühen Grünen als links-ökologische Sammlungsbewegung geprägt; vgl. Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind, Köln 1993, S. 131-139.

52 Vgl. o.V.: Veranstaltung zur „Erfurter Erklärung“ am 4. Oktober 1997 in der Augustinerkirche in Erfurt, in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997, S. 1 u. S. 3.

53 Vgl. die Protokolle zu den Foren in: o.V.: Versammlung zur Erfurter Erklärung. 3. - 4. Oktober 1997, o.O. 1997.

ner ostdeutschen Interessenpartei entwickelt,⁵⁴ sie war zudem das einzige greifbare Objekt, das der Osten in das politische System des vereinten Deutschland einbringen konnte. Hier war der Umgang mit der PDS eine Streitfrage. Denn selbst wo man diese ablehnte, erwarteten die Ostdeutschen von den Erfurtern wenigstens die Gründung einer eigenen Partei.⁵⁵ Die Ignoranz der westdeutschen Politiker, die offensichtlich mangelnde Bereitschaft zu „echter Veränderung“, die Erkenntnis, dass politischer Einfluss durch Druck von der Straße in einer parlamentarischen Demokratie oft nur wenig zu bewegen vermag: Dies alles entfremdete zahlreiche Versammelte von der Erfurter Bewegung, aber auch von der westlichen Demokratie selbst.

Mit Ausnahme der PDS-Frage erschien die Erfurter Erklärung als ein zutiefst westdeutsches Papier, das sich auf die Ideale der alten Bonner Republik rückbezog. Schon deshalb schlug sie im Westen nur wenig Wellen, weil man auf den dortigen Kongressen und Diskussionsrunden ohnehin nur die üblichen Verdächtigen der westdeutschen Linken traf, wie sich Edelbert Richter erinnert. Damit wurde auch das Dilemma der „Erklärung“ offengelegt. Im Westen existierte keine gesellschaftliche Grundlage für eine Bewegung, jenseits der Sehnsucht nach Bewahrung der offensichtlich immer weniger tragfähigen Pfeiler des alten Modell Deutschland. Und dem Osten, wo nach 1989 noch der Glaube an die Macht der Bewegung existierte, bot das Papier jenseits des Rückbezugs auf eine breite parteipolitische Front gemeinsam mit der Ostpartei PDS nur wenige Identifikationsmöglichkeiten. Als der Erfurter Appell selbst in der PDS-Frage unter dem Druck der Realpolitik einknickte, war die Bewegung am Ende.

Die Erfurter Erklärung hatten, nach Aussagen der Initiatoren, bis in den Oktober 1997 hinein rund 46.000 Menschen unterschrieben. Listenweise meldeten sich „Gewerkschafter für die Erfurter Erklärung“, „Künstler für die Erfurter Erklärung“, aber auch zahlreiche Initiativen und Vereine. Der Erfurter Appell hingegen verschwand sang- und klanglos im Niemandsland der Geschichte. Am Ende ließen die Erfurter Eliten den Konferenzteilnehmern nicht einmal mehr die Möglichkeit einer Abstimmung über den Appell, geschweige denn über eingereichte Änderungsanträge, da die Zeit dränge und Diskussionen die „Bewegung“ aufhielten, die zu diesem Zeitpunkt längst zum Stehen gekommen war. Auch Richter gibt heute zu, dass die Erfurter Erklärung im Vergleich zu den „Hartz“-Protesten des Sommers 2004 eine äußerst elitäre Angelegenheit war. So wie die politische Klasse in Bonn hatten auch die Erfurter in ihrem Drang, die Politik des Landes zu verändern, vergessen, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

54 Vgl. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 57.

55 Vgl. König, Jens: Die Verkündigung des Erfurter Wortes, in: die tageszeitung, 02.10.1997.

Der Erfurter Kongress im Oktober 1997 war der Scheitelpunkt der Bewegung, welche die Erfurter versucht hatten, loszutreten. Die Initiatoren kämpften jedoch zunächst mit unverminderter Kraft weiter, ein „Ratschlag“ wurde noch im Frühjahr 1998 in Bochum abgehalten. Am 20. Juni, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, mündete die Bewegung in ihren gefühlten Höhepunkt. Auf einer Großveranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz demonstrierte sie für ein Ziel, das aus Wählerperspektive zu diesem Zeitpunkt längst beschlossene Sache war: das Ende der Ära Kohl. Im *Neuen Deutschland* bejubelte der hessische PDS-Mann Wolfgang Gehrcke, dass „Zehntausende“⁵⁶ der „Medienblockade“ zum Trotz einen Aufbruch wie 1968 und 1989 gestartet hätten. Hier sei sie gelungen, die Verbindung zwischen den Bewegungen, linken Parteien, Christen und Gewerkschaften, der sich auch der „Kanzler im Wartestand, Gerhard Schröder“ nicht würde entziehen können. Hier und heute sei Bonn endlich abgelöst, die „Berliner Republik“ habe begonnen.⁵⁷ Es war das letzte Fanal der Erfurter Bewegung. Mit Gerhard Schröder kam in der Tat die Berliner Republik. Er veränderte das Land in einer Heftigkeit, mit der kein Erfurter gerechnet hatte, schickte Deutschland erstmals nach 1945 wieder in Kriege, demonstrierte Kernelemente des Sozialstaats, entthob die Gewerkschaften ihres politischen Einflusses. Die Zäsur, welche die Wende zur Berliner Republik bedeutete, nahm mit der Bundestagswahl am 27. September 1998 ihren Anfang.⁵⁸ Der nächste Aufbruch kam tatsächlich von der Straße: die Proteste gegen die „Hartz“-Reformen im Sommer 2004.

EINE GENERATION VON REVOLUTIONÄREN

Der Kampf der 68er um ihre Republik

Horst Schmitthenner empfängt mich in seinem Büro in der IG Metall-Zentrale nahe des Frankfurter Hauptbahnhofs. Er verspätet sich und gibt an, auch nicht allzu viel Zeit mitgebracht zu haben. Doch er hat Unmengen an Material aus jenen Tagen dabei, an denen er und eine Gruppe weiterer Linksgesonnener den Versuch unternommen hatten, das soziale Erbe der Republik zu retten. Schmitthenner ist inzwischen 68 Jahre alt und verkörpert im Grunde genommen diejenigen, die der einstige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering meinte, als er die Rente mit 67 durchsetzte: die rastlosen und nimmermüden über Sechzigjährigen der alternden Gesellschaft, die oh-

56 Nach offiziellen Angaben waren etwa 20.000 Teilnehmer vor Ort, Horst Schmitthenner spricht von 70.000.

57 Vgl. Gehrcke, Wolfgang: Angekommen – die Berliner Republik beginnt, in: *Neues Deutschland*, 08.07.1998.

58 Vgl. D'Antonio, Oliver: Schlingerkurs in die Berliner Republik. Wie die Parteiendemokratie ihre Stabilität verlor, in: *Vorgänge*, H. 3/2009, S. 118-128.

ne Weiteres noch zwei Jahre länger in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen könnten. Doch eben gegen dieses erhöhte Rentenalter kämpft Schmitthenner. Er kämpft als linker Gewerkschafter unermüdlich gegen die soziale Kälte, die das Land seit Jahrzehnten in zunehmendem Maße heimsuche. Schmitthenner tritt als Redner auf, gegen den Sozialabbau, für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, schreibt unter anderem in den Zeitschriften *Marxistische Blätter* und *Sozialismus* über die Auswüchse des globalen Kapitalismus und die Notwendigkeit zur solidarischen Gegenwehr.⁵⁹

Biographisch erfahre ich wenig über Schmitthenner. Es wird nicht erklärt, ob er sich dem Generationenzusammenhang der 68er zuordnen würde. Doch es lässt sich zumindest rekonstruieren, dass Schmitthenner eine ähnliche frühe Laufbahn wie tausende andere Jahrgangsverwandte verfolgte. Der gelernte Maschinenschlosser war früh in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung aktiv. Die Tradition aufstiegsorientierter sozialdemokratischer Bildungspolitik ermöglichte dem Handwerker mittels des Hessenkollegs eine akademische Ausbildung zum Diplom-Soziologen.⁶⁰ Wie viele Kriegskinder gelangte Schmitthenner auf dem zweiten Bildungsweg an die Hochschule. Als er 1971 an die Universität kam, war die Welle der großen Bewegung längst vorbei. Bis auf die radikalen und sektiererischen Teile der 68er war der Protest längst gezähmt und hatte sich auf die Strategie des „Marsches durch die Institutionen“ eingelassen. Die emanzipatorischen und links-theoretischen Diskurse hatten in der Aufbruchsära unter Willy Brandt jedoch Eingang in die Hochschulen, in Theorie und Praxis gefunden und florierten dort in vielfältiger Weise. Der Hochschulbereich expandierte und ermöglichte einer breiten Masse den beruflichen Aufstieg in den Universitäten selbst, aber auch im öffentlichen Dienst sowie in Parteien und Verbänden. Zudem wurden gerade die Vorläufer und Nachfolger der großen Revolte im Jahre 1968 zu großen Teilen von den DGB-Gewerkschaften begleitet. Die Proteste gegen die Notstandsgesetze 1967 gehören ebenso zum Erfahrungsschatz eines damals jungen Gewerkschafters wie das spätere Engagement in der Friedensbewegung in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren. Gerade in Fragen der Notstandsgesetze kam es zu einer breiten Bewegung, in der sich „kritische Intellektuelle, linke Gewerkschaftler und radikale Geistliche mit rebellierenden Studenten“

59 Vgl. Schmitthenner, Horst: Gegenwehr mit langem Atem, in: *Marxistische Blätter*, H. 2/2007, online einsehbar unter: <http://www.neue-impulse-verlag.de/mbf/artikel/207/153/gegenwehr-mit-langem-atem.html> [eingesehen am 09.02.2010]; ders.: Machtkampf der Unternehmer. Ende des Arbeitskampfs Ost: Es geht um mehr als drei Stunden weniger, in: *Sozialismus*, H. 7-8/2003, online einsehbar unter: <http://www.linksnet.de/de/artikel/18455> [eingesehen am 09.02.2010].

60 Die biographischen Angaben entstammen der Internetseite des „Netzwerkes Friedenskooperative“; online einsehbar unter: <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/akt07-55.htm#marke07> [eingesehen am 09.02.2010].

verbündeten und im sogenannten „Komitee Notstand der Demokratie“ zusammenarbeiteten.⁶¹

Wie Heinz Budes Portrait des Arbeiterkindes Klaus Bregenz zeigt, waren es jedoch vor allem die Bildungsaufsteiger, die dem Sozialstaat, der ihnen all dies ermöglichte, ehrfürchtigen Respekt zollten und eher pragmatische Reformisten repräsentierten.⁶² Es ist eine besondere Formation innerhalb dieser 68er-Generation, die hier angesprochen wird. Ihre Angehörigen waren nie im Kern der Bewegung, betrachteten die mythenbildende radikalste Phase mit Distanz und Skepsis, gleichwohl sie vielfach, wie Schmitthenner über sich selbst und andere Erfurter Erklärer zu berichten weiß, ein „von linken Politikvorstellungen und auch linker Gewerkschaftstheorie herkommender Kreis“ waren. Sie wollten nicht die Verhältnisse umstürzen, avantgardistischen Protest oder experimentelle Provokation wagen; vielmehr wollten sie im Rahmen politischer und gesellschaftlicher Institutionen reformieren. Vielen von ihnen war der sozialliberale Regierungswechsel ein Aufbruchssignal, infolgedessen sie zahlreich der SPD beitraten. „Mehr Demokratie wagen“ war ihnen ein Versprechen. Der Sozial- und Bildungspolitik waren sie, ob der Chancen die sie ihnen boten, zu tiefem Dank verpflichtet. Während viele der experimentellen Bürgerkinder irgendwann zurück in den Schoß konservativen oder neubürgerlichen Lebensstils fanden, blieb dieser Teil der 68er dem Sozialstaat und einer exponiert linken sozialdemokratischen Politik treu und konservierte diesen Idealismus.

Gerade die Gewerkschafter der Erfurter Erklärung entstammen weitgehend dieser Generation: Gisbert Schlemmer (*1946), Frank Spieth (*1947) und Horst Schmitthenner (*1941). Aber auch generationenverwandte Linksintellektuelle und Theologen aus der westdeutschen Friedensbewegung jener Jahre schlossen sich an: Ulrich Duchrow (*1935), Elmar Altvater (*1938), Rudolf Hickel (*1942), Gerhard Liedke (*1937), Norman Paech (*1938), Erika Runge (*1939), Eckart Spoo (*1936). Sie alle besaßen zudem nur wenig Berührungsängste gegenüber ihrer Vorgängergeneration. Die „skeptische Generation“ der Flakhelfer und Frontsoldaten, die in den 1920er Jahren geboren wurde, lieferte den radikalen 68ern zwar geistigen Input, jedoch distanzierten sich diese zunehmend von ihren passiven Vordenkern, während letztere gerade für die radikalste Phase des „Aufbruchs“ meist nur Verachtung verspürten.⁶³ Für die Reformisten des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Flügels der Generation war der Schulterschluss unter Genossen mit der skeptischen Generation selbstverständlich, um für ein großes linkes Ziel zu streiten. So kam die Erfurter Erklärung zustande, als der Sozialstaat und die Errungenschaften der Demokratie, das „Modell

61 Jarausch, Konrad: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004, S. 215.

62 Vgl. Bude, Heinz: *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948*, Frankfurt am Main 1995, S. 145 ff., v.a. S. 154 f. u. S. 158.

63 Vgl. ebd., S. 145 ff., v.a. S. 361 f.

Deutschland“, welches auch ihr eigenes Lebensprinzip verkörperte von der Regierung Kohl zerstört zu werden drohte und die eigene Partei sich dagegen kaum zu wehren anschickte. Und auch die Intellektuellen und Schriftsteller der Vorgängergeneration unterschrieben folglich gern, als es in den Endkampf um die Bonner Republik ging: Dieter Lattmann (*1926), Günter Grass (*1927), Walter Jens (*1923), Inge Jens (*1927), Peter von Oertzen (*1924), Horst-Eberhard Richter (*1923), Dorothee Sölle (*1929), Max von der Grün (*1926). Aus westdeutscher Perspektive war die Klassenkampfrhetorik der Unionsparteien folglich unangebracht. Zwar variierten die Motive der Protagonisten und sicherlich bestanden auch gezielte wahl- und karrierepolitische Interessen. Gerade der deutlich jüngere Mitinitiator Bodo Ramelow (*1956) „nutzte diese Geschichte mit der ‚Erfurter Erklärung‘, um dann Abgeordneter [der PDS in Thüringen; d. Verf.] zu werden, das gilt für andere genauso“, gibt Schmitthenner zu. Dies bestätigt jedoch, dass die Erfurter Erklärung mitnichten ein Produkt linker Sektierer, sondern in ihrem Kern ein zutiefst linkssozialdemokratisches bzw. alternativ-friedensbewegtes Projekt aus der zu Ende gehenden Bonner Ära war, dem vor allem Nostalgie und Links-Utopismus vorgeworfen werden kann, nicht jedoch eine gezielte Wahlkampfhilfe für die PDS.

Horst Schmitthenner ist heute Leiter des „Verbindungsbüros Soziale Bewegungen“ bei der IG Metall. Ein anderer, der einst geschäftsführendes Vorstandsmitglied der größten Gewerkschaft der Welt war, würde dies wohl als Degradierung betrachten. Schmitthenner ist jedoch rastlos. Seine Aufgabe ist längst der normalen gewerkschaftlichen Organisationsarbeit entrückt. Er trifft sich mit Vertretern von „Attac“, Umweltverbänden, erzählt von einem Papier – „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?“ –, das im Januar 2009 von einem sogenannten „Anzeigenkreis“ verschiedener Bewegungen erarbeitet wurde und die Grundlagen einer neuen Politik darlegt. Schmitthenner verkörpert zutiefst den Bewegungsimpetus seiner Generation und der Erfurter Erklärung: „So wie das damals die Überzeugung war, nur auf die Parteien setzen geht nicht, sondern Gesellschaft, Zivilgesellschaft muss sich engagieren, damit die Parteien merken, wo sie langgehen müssen, das ist auch heute mein Engagement.“

Die Revolution ist noch nicht zu Ende

„Da sind erstens die seltsamen Ungerechtigkeiten, mit denen wir es in dieser Gesellschaft zu tun haben [...] Sie ärgern mich als Bürger, aber erst recht als Christ! Denn als Bürger mag ich mich vielleicht mit ihnen abfinden, aber nicht als Christ! Der Christ ist nämlich einer, der auch dann noch an die Macht der Gerechtigkeit glaubt, wenn er durch die Tatsachen enttäuscht worden ist.“⁶⁴ Am 19. Januar 1997 sprach Dr. Edelbert Richter, Mitglied des Deutschen Bundestages, nicht vor dem Bonner Parlament, sondern in der

64 Richter 1997 (s. Anm. 46), S. 8.

Erfurter Kaufmannskirche zu den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Der Theologe Richter gehörte zu den prominentesten Köpfen der Herbstrevolution von 1989. Er war Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs“ in Thüringen, wurde 1990 Mitglied der SPD, für die er acht Jahre lang im Bundestag saß. Seit 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke. Richter liegt es nicht, zu schweigen; er mischt sich gern ein, wo er das Gefühl hat, dass „etwas faul“ ist. Bereits 1961 wurde der junge Richter einigen Genossen der SED unbequem: „Ich wollte Philosophie studieren, fertig. Und das ging natürlich nicht mit den unbefangenen Fragen, mit denen ich da kam. Da haben die bloß gedacht, der spinnt irgendwie, also der gehört nicht zu uns, jedenfalls der muss erstmal in die Produktion.“ Richter begann zwei Jahre später ein Theologiestudium in Halle, in den 1970er Jahren wurde er Pfarrer und schloss sich der Friedens- und Ökologiebewegung an. 1976 promovierte Richter über Karl Marx' Ökonomie und Religionskritik.⁶⁵ Mit dem Sozialismusbegriff hatte Richter im Gegensatz zu anderen Protagonisten der DDR-Opposition kaum Berührungsängste. Auch deshalb stellte für ihn die Erfurter Forderung nach einem Linksbündnis unter Einschluss der PDS keine allzu hohe Hürde dar.

Theologiestudium und Berufseinstieg fielen für Richter, aber auch für andere ostdeutsche Geistliche der Erfurter Erklärung, wie Heiko Lietz und Friedrich Schorlemmer, in ein Klima des Wandels im Verhältnis von Diktatur und evangelischer Kirche. Seit den 1960er Jahren begann eine Phase, in der sich Christen und Kirchenvertreter verstärkt mit dem SED-Staat arrangierten. Gemäß dem protestantischen Werteverständnis habe der Mensch den ihm von Gott zugewiesenen Weg zu gehen und auf diesem nach christlichen Werten zu wirken. Mit der ambivalenten Formel „Kirche im Sozialismus“ öffnete der „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ die Interpretation der sozialistischen Gesellschaft sowohl für abgrenzende als auch für kooperative Deutungen.⁶⁶ Diesem Wandel in den kirchlichen Auffassungen gingen auch Veränderungen des Bildes von den westlichen Gesellschaften voraus. Das bürgerliche Gesellschaftsmodell verlor seine Funktion als Ideal, wurde kritischer begutachtet und gleichermaßen wie der Sozialismus an theologischen Kriterien gemessen.⁶⁷ Der Theologe Ehrhart Neubert sieht in diesen Jahren die Formierung einer Strömung innerhalb der protestantischen Kirche in der DDR, die er „Sozialethiker“ nennt. Diese Subsumierung von tendenziell linken und friedensbewegten Pfarrern mag

65 Zur Biographie Richters vgl. u.a. Neubert, Ehrhart: Edelbert Richter, in: Kowalczuk, Ilko S./Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition in Biographien und Fotos, Berlin 2006, S. 221 ff.

66 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 2., durchg. Aufl., München 2009, S. 215 ff.

67 Vgl. Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994, S. 208.

durchaus fraglich sein; sicher erscheint jedoch, dass in bestimmten Kreisen der regimiekritischen Bewegungen in der DDR Debatten um einen „Dritten Weg“, einer Staats- und Wirtschaftsordnung zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus kursierten.⁶⁸ So verlautbarte der spätere Erfurter Propst Falcke bereits 1972: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung, auf einen verbesserlichen Sozialismus.“⁶⁹

In den 1960er und 1970er Jahren durchlebte die DDR einen Wechsel zwischen diktatorischer Härte und ost-westlichem Tauwetter. So bedeuteten der Bau der Berliner Mauer und das Erdrücken der Prager Reformdemokratie einerseits einen Rückschlag bezüglich der Hoffnungen auf Wiedervereinigung und Demokratisierung. Andererseits führten die Stabilisierung und wachsende internationale Anerkennung der DDR dazu, dass es sowohl zu einer Annäherung zwischen SED-Staat und Bundesrepublik, als auch zwischen Staatsführung und Kirche kam. Das politische Schlüsselerlebnis junger ostdeutscher Theologen in jenen Jahren war sicherlich das gewaltsame Ende des tschechoslowakischen Reformsozialismus im Sommer 1968. So führte 1968 in der DDR anders als im Westen nicht zu Aufbruch und Befreiung, sondern mündete in Resignation und später in Widerstand. Dorothee Wierling bestreitet vehement, dass diese Ereignisse eine generationenbildende Wirkung entfalten konnten und betrachtet dies als eine nachträgliche westdeutsche Konstruktion.⁷⁰ Die Protagonisten selbst sehen dies anders. Richter bezeichnet die Erlebnisse im Frühjahr und Sommer 1968 als „sehr prägend“ und spricht explizit auch für andere spätere DDR-Widerständler. „Prag und Paris“ gehören als Ereignisse für Richter zusammen, ebenso wie es Sozialismus und Demokratie tun, woraus er den Schluss zog, der DDR-Sozialismus ohne Demokratie sei kein echter gewesen. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz ist eigentlich doppelt gemoppelt, eine Tautologie“, betont Richter. Jedoch waren die Konsequenzen, die aus dem Ende des Prager Frühlings gezogen wurden, durchaus gegensätzlich, ebenso wie die Gratwanderung, welche die Kirche in der DDR zwischen Anpassung und Gegenbewegung beschreiten musste.

Während sich andere wie Rainer Eppelmann endgültig von der Vorstellung eines wandelbaren realen Sozialismus verabschiedeten, wahrte Richter diskursive Ansätze über dessen Veränderbarkeit. Dabei lehnte er sich wie viele Dissidenten in der DDR an die Ansätze Rudolf Bahros an, der seit den späten 1960er Jahren in seiner „Alternative“ neue Ansätze für einen Marxismus formulierte und in den 1980er Jahren eine soziale Bewegung auf Basis eines Zusammenschlusses von Grünen und Sozialdemokraten respektive

68 Vgl. Neubert, Ehrhart: Christen, Schutzdächer und der Geist des Protestantismus, in: Kowalczyk/Sello (Hg.) 2006 (s. Anm. 65), S. 185-192, hier S. 188 f.

69 Zitiert nach Pollack 1994 (s. Anm. 67), S. 264 f.

70 Vgl. Wierling, Dorothee: Warum es in der DDR keine explizite '68er Generation gegeben hat, in: Horch und Guck, Jg. 8 (2000), H. 32, S. 57 ff.

Sozialisten forderte⁷¹ – Gedanken, die auch zahlreiche Westlinke beeinflussten und Jahre später Eingang in die Erfurter Erklärung fanden. Diese Generation der Ost-68er begründete die Friedens-, die Ökologie- und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR personell und kulturell, wobei ihnen dabei ihre Erfahrungen in der Diktatur zwischen Liberalisierung und erneuter verschärfter Repression im Zuge der Ausbürgerung Wolf Biermanns Pate standen. Sie war in ihrem Kern linksintellektuell fundiert sowie reform- und demokratieorientiert,⁷² von daher selbstverständlich gegenüber der SED-Herrschaft distanziert, jedoch alles andere als unkritisch gegenüber dem westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell eingestellt. Diese nach Wierling nicht-existente Generation brachte in der „Revolution der Vierzigjährigen“⁷³ schließlich auch die DDR zum Einsturz – eine Art nachzuholende Revolution, die 1968 noch „versäumt“ worden war.

Die Träger der ostdeutschen Revolution von 1989 sind im Wesentlichen die Jahrgangsgenossen der klassischen West-68er. Sie wollten im Herbst '89 die Demokratie und bekamen schließlich die Bundesrepublik. Doch statt eines Neu-Denkens eines wiedervereinigten Deutschlands knüpfte die vergrößerte Republik institutionell vollständig an die westdeutsche Republik an und begann den Osten in Politik, Wirtschaft und Kultur auch in personeller Hinsicht in die Peripherie zu verdrängen. Diese ungleiche Vereinigung mochte für viele wenig tragbar, der provozierte Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft nahezu unerträglich gewesen sein, was viele dieser gemäßigt linken bürgerlichen Intellektuellen gegen die Regierung Kohl aufbrachte. Doch die echte Bruchlinie, die zwischen dieser generationellen Gruppierung verlief, blieb jene, die auch schon die Kirche in der DDR seit den 1960er Jahren durchzogen hatte, die Gratwanderung im Umgang mit dem SED-Staat. Die Schlüsselfrage, welche die erste DDR-Generation nach der Wende endgültig spaltete, war jene nach dem Umgang mit der PDS. „Erfurter“ und „Berliner Erklärung“ hatten ihre ostdeutsche Basis in der 68er-Generation des Ostens: Während für die Erfurter Edelbert Richter (*1943), Heiko Lietz (*1943), Friedrich Schorlemmer (*1944), Herbert Schirmer (*1945) und Hans-Jürgen Fischbeck (*1938) standen, erhielten sie Gegenwind von Ehrhart Neubert (*1940), Gerd Poppe (*1941 – Unterzeichner der „Wörlitzer Erklärung“), Rainer Eppelmann (*1943), aber auch jüngeren Oppositionellen wie Günter Nooke (*1959), Arnold Vaatz (*1955) und Vera Lengsfeld (*1952) – wobei die Reichweite der Kategorie Ost-68er auch jüngere Gene-

71 Zur Biographie Rudolf Bahros vgl. Herzberg, Guntolf/Seifert, Kurt: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002.

72 Vgl. Lühmann, Michael: Geteilt, ungeliebt, deutungsschwach? Die 68er-Generation in der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 41 (2008) H. 1, S. 102-107, hier S. 106.

73 Wollé, Stefan: Die versäumte Revolte. Die DDR und das Jahr 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 22-23/2001, S. 37-46, hier S. 46.

rationen zu umfassen in der Lage ist, da 1968 im Osten eher eine Prägungsgeneration, denn eine Trägergeneration darstellt.

Hier nun ist der Schlüssel für Zustandekommen und Scheitern der Erfurter Erklärung zu finden – für die Bündnispolitik zweier Generationen, die dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs sozialisiert worden waren: Der pragmatische Teil der West-68er hatte zur Rettung der der Bonner Republik und ihres Rheinischen Kapitalismus den Schulterschluss mit der Vorgängergeneration der Skeptiker gewagt. Auf der anderen Seite standen die Ost-68er oder zumindest die Teile, die der „reale Sozialismus“ nicht von linkem Denken hatte abbringen können und die in der PDS auch kein unumstößliches Tabu sahen. Sie verbündeten sich in Erfurt gleichermaßen mit der sogenannten „Aufbaugeneration“ in der DDR – das ostdeutsche Alterspendant zur „skeptischen Generation“ –, die dem SED-Regime eine Chance geben wollten und durch den antifaschistischen Legitimationsmythos Distanz zur Vergangenheit suchten:⁷⁴ Ulrich Plenzdorf (*1935), Heino Falcke (*1929), Heinrich Fink (*1934) und Gerhard Zwerenz (*1925). Schließlich war zudem die Ost-West-Verknüpfung zwischen den gemäßigten West-68ern und den Protagonisten der Herbstrevolution 1989 leichter herstellbar, weil erstere gegenüber letzteren nicht in Deutungshoheit und Eigenbeanspruchung des 68er-Labels verharren, wie dies die radikaleren Träger des Studentenprotestes taten,⁷⁵ sondern bereit waren, sich in der „Erklärung“ gleichermaßen auf '89 wie auf '68 zu berufen. Die Erfurter Erklärung war im weitesten Sinne ein Bündnis der Trägergenerationen von friedlicher Revolution im Osten und gesellschaftlichem Aufbruch im Westen. Im Osten war das Ergebnis der Revolution nicht das erhoffte, weshalb sie ihnen nicht am Ende zu sein schien, während im Westen der Kampf um die von ihnen mit geschaffene sozialdemokratische Republik kurz vor der Jahrtausendwende gerade erst begann.

Zunächst versuchten die ostdeutschen Revolutionseliten noch, die breite Bevölkerung ihrer Generationsangehörigen insgesamt mit ins Boot zu holen. Sie beriefen sich dabei auf die Erfahrungen des Herbstes 1989, erreichten über die Erfurter Erklärung kurzfristig eine ostdeutsche Mobilisierung gegen die Bundesregierung. Kurzzeitig mochte man glauben, dass sie es – wie schon acht Jahre zuvor – schaffen würden, die Masse der Bevölkerung gegen die herrschenden Verhältnisse in Bewegung zu setzen. Doch das breite Sammelsurium an Themen, die weit von den Lebenswirklichkeiten der Menschen im Osten entfernt waren, das postmaterielle Sammlungsbecken, das die Erfurter Konferenz bildete, und der besondere westdeutsch-linke Einschlag des neuen Erfurter Appells entfremdeten viele Ostdeutsche von ihrer ursprünglichen Affirmation, des Erfurter Manifests. Die Ost-68er konnten ihre Generation, die fraglos die meisten Wendeverlierer hervorge-

74 Exemplarisch für diese Generation kann die Schriftstellerin Christa Wolf gesehen werden; vgl. Meuschel 1992 (s. Anm. 15), S. 29 ff.

75 Vgl. Lühmann 2008 (s. Anm. 72), S. 106.

bracht hat, nicht mehr erreichen. Diese „changiert zwischen dem Wohlstandsversprechen Kohlscher Prägung [...] und sozialistischer Wohlstandsutopien der SED-Nachfolger“⁷⁶, wobei die Wurzeln dieser Kultur sicherlich in der „Wohlfahrtsdiktatur“ der SED seit den 1970er Jahren zu finden sind. Mit dem Zerfall der Allianz von ostdeutschen Bewegungseliten und Bevölkerungsmassen wurde die „Erklärung“ schließlich zum Elitenprojekt und kam so an ihr Ende.

Edelbert Richter sitzt in einem Sessel und trinkt Tee, im Rücken eine beeindruckende Bücherwand. Neben zahlreichen theologischen Werken aus den vergangenen Jahrhunderten findet sich auch Oskar Lafontaines „Das Herz schlägt links“. Richter selbst saß in der ersten Legislaturperiode der Regierung Schröder noch im Bundestag. Plötzlich sei alles ganz schnell vorbei gewesen mit der Erfurter Erklärung: „Einen Psychotherapeuten hätte man da gebraucht, den Schock zu verkraften, den uns der Schröder da beschert hat“, sagt Richter heute mit einem Lächeln. Resignation und Ermüdung hätten sich dann in den rot-grünen Jahren bei allen Erfurtern breit gemacht; Ohnmacht habe man angesichts der Politik der neuen Regierung empfunden. Wie viele Erfurter Erklärer suchte Richter später den Fluchtweg in Die Linke. „Da hätte man sagen [können], da hätt'ste grade öffentlich weiter, [...] aber meine Analyse war eben eigentlich auch: Das ist das Schicksal solcher Bewegungen.“

EPILOG: EIN ANACHRONISMUS VOR DEM EPOCHENWECHSEL

Was bleibt von der Erfurter Erklärung, die vor dreizehn Jahren die bürgerliche Republik zu stürzen gedachte? Die Erfurter Manifestanten waren damals keineswegs ausschließlich im Auftrag einer wahlkämpfenden PDS unterwegs. In der Tat wollten die meisten eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung in Gang setzen. Die Orientierung blieb aber ausgesprochen systembejahend und auf Parteieliten orientiert. Die Sorge vor einem Angriff auf die sozialen Grundfesten der alten Bonner Republik bzw. dem Verlust der sozialen Sicherheit in den neuen Bundesländern trieb sie um. Sie wollten das „Modell Deutschland“ nicht revolutionieren, sondern konservieren. Die Mobilisierung zur Bundestagswahl war sicherlich ein legitimes Mittel, die anvisierten Ziele zu erreichen. Doch wirkte die „Erklärung“ deshalb eher wie ein Aufruf, der sich an die politischen Parteien richtete, was die soziale Bewegung lediglich auf ihr Drohpotenzial reduzierte, dem sich weder Regierung noch Opposition entziehen können sollten.

Mit ihrem Versuch einer gesellschaftlichen Mobilisierung ist die Erfurter Erklärung einerseits geradezu idealtypisch im Sinne der Einleitung des vorliegenden Bandes. Andererseits wurde nur im Zusammengehen von par-

76 Ebd., S. 107.

lamentarischer und außerparlamentarischer Opposition eine Chance zur Zielerreichung postuliert. Als die Partieliten sich nicht willens zeigten, das Bündnis offen zu stützen, zerfiel die mühsame Konstruktion notgedrungen. Es fehlte ein Plan B, welcher der Bewegung unabhängig von den Parteien und auch im Falle eines links-alternativen Wahlsieges einen weitergehenden Sinn gestiftet hätte. Die Erfurter Erklärung scheiterte bei der Herstellung günstiger Bedingungen, die von der Bewegungsforschung als essentiell erachtet werden.⁷⁷ Der hohen Öffentlichkeit und kurzfristigen Mobilisierungsleistung stand eine ohnehin wenig greifbare Zielstellung gegenüber, die im Verlauf der postmateriellen Themenausweitung zunehmend verloren ging. So bildete sich auch keine kollektive Identität heraus, welche die Bewegung hätte stabilisieren und über das Großereignis Bundestagswahl erhalten können. Schließlich zeigt sich, dass eine Art „Veralltäglichsung“ sozialer Bewegungen, wie sie einige Erfurter als dauerhaftes Ergänzungsmoment der parlamentarischen Demokratie zu institutionalisieren gedachten, Utopie blieb. Die Erfurter Erklärung war somit zu jedem Zeitpunkt eher eine Verlautbarung politischer Ziele und Hoffnungen einer linken politischen Elite im Spätherbst der Bonner Republik, denn die Grundlage für eine gesellschaftlich verankerte soziale Bewegung.

Bleibt also am Ende nichts von der Erfurter Erklärung? Die Jahre nach dem Regierungswechsel 1998 versetzten die politische Linke in einen Schockzustand. Die Radikalität, mit der die Regierung Schröder mit sozialpolitischen Grundfesten der Bonner Republik brach, war bis dahin beispiellos und war von den Erfurtern, die zuvor noch einen Regierungswechsel herbeigesehnt hatten, nicht im Ansatz vorausgesehen worden. Im Sommer 2004 begann eine neue Bewegung, die sich gegen den sozialen Notstand in der Republik auflehnte. Diese fand ihren Ursprung bei denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die aus Sorge vor Statusverlust und Arbeitslosigkeit gegen das vierte Gesetzespaket mit dem Label „Hartz“ auf die Straße gingen. Was folgte, lief ohne ein Manifest ab, ohne einen großen Appell: Hunderttausende demonstrierten von Gelsenkirchen bis Görlitz gegen die Regierungspolitik; an verschiedenen Orten formierten sich Initiativen, die bekanntesten waren die „Wahlalternative“ und „ASG“, die sich später zur WASG zusammenschlossen. Der Prozess gewann in der Folge eine Eigendynamik, welche die Erfurter Erklärung nie besessen hatte. Mit der neuen Parteigründung wurde zwar ebenfalls eine etatisch orientierte Variante der Mobilisierung gewählt, bei der sich jedoch die Gründungseliten geschickt der gesellschaftlichen Kräfte und der günstigen Gelegenheitsstrukturen bemächtigten, um

77 Vgl. exemplarisch Rucht, Dieter/Roth, Roland: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: dies. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 635-668, hier S. 653 ff.

nun eine gesamtdeutsche parteipolitische Linke zu begründen.⁷⁸ Zahlreiche Erfurter waren in den folgenden Monaten und Jahren aktive Unterstützer des neuen Linksprojektes⁷⁹, traten ihm teilweise sogar bei. Die Erfurter Erklärung schuf zwar keinen gesellschaftlichen Wandel im intendierten Sinne, doch kann das Papier ex post als eine Art Seismograph für den bevorstehenden fundamentalen Wandel dienen, der die heutige Krise des neoliberalen Diskurses signalisierte.

Im Herbst 2008 begann in den USA eine schwere Immobilien- und Finanzkrise, in die das globale Wirtschaftssystem in den folgenden Monaten stürzte. Diese war nicht zuletzt die Folge einer schwachen staatlicher Regulierung der globalen Finanzmärkte. Zahlreiche Beobachter deuten dies heute als Zäsur, die den Staat – nach drei Jahrzehnten neoliberaler Diskurshoheit – wieder stärker in ordnungspolitische Verantwortung nimmt. Die politische Richtungsbestimmung „Links“ wird in der Berliner Republik eine neue Gestalt haben, deren Konturen erst langsam sichtbar werden. Sie wird nicht allzu viel mit der Linken der Erfurter Erklärung gemein haben. „Die Epoche, in der die Erfurter Erklärung platziert wurde, gibt’s nicht mehr“, stellt Edelbert Richter mit Blick auf das Jahr 2010 fest. Vermutlich war sie jedoch schon im Januar 1997 ein Anachronismus.

78 Vgl. Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier et al. (Hg.) 2007 (s. Anm. 31), S. 13-69.

79 Namentlich u.a. Elmar Altwater, Peter v. Oertzen, Norman Paech, Edelbert Richter, Bodo Ramelow und Horst Schmitthenner.